

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Hohn in den Ohren der Bevölkerung“

Die Bevölkerung sah sich in den letzten Tagen mit zwei Botschaften konfrontiert.

Der unter Leitung von Kanzlerin Merkel am 22. 4. einberufene „Krisengipfel“ verkündet, dass „die Regierung sehenden Auges“ weitere Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit wirft, da das BIP um geschätzte 6% einbrechen und die Arbeitslosigkeit bis auf 5 Millionen anschwellen wird. Dass die Regierung die Warnung des DGB-Vorsitzenden Sommer vor „sozialen Unruhen“ in den Wind schlägt und die Forderung der Gewerkschaft nach Sofortmaßnahmen zum Schutz der arbeitenden Menschen vor der Krise zurückweist.

Am 19. 4. verkündete die SPD-Führung ihr „Wahl-/Regierungsprogramm“, das „in wichtigsten Punkten die Handschrift der Pragmatiker Steinmeier, Steinbrück und Müntefering trägt“ (FAZ vom 20. April).

In seiner Rede zur Vorstellung dieses Programms kommt Steinmeier nicht umhin zu registrieren: „In unserem Land gärt es. Da haben sich sehr viel Wut und Empörung angestaut.“

Doch die drei Hauptverantwortlichen für die SPD, die durch ihre Politik in der Regierung diese Wut entscheidend provoziert haben, und die einfach weiter im Sinne der Erklärung des Krisengipfels handeln, verweigern jetzt mit ihrem „Wahlprogramm“ jede Antwort darauf und versuchen die Bevölkerung mit „hasenfüßigen“ Versprechungen für die Zeit „nach der Krise“, „nach den Wahlen“ abzuspeisen.

Die Presse mockiert sich: „Das Programm, mit dem Steinmeier die Kanzlerschaft erobern will, erscheint als rhetorisch linksausgreifend, unglaubwürdig und hasenfüßig.“ (FAZ, vom 21. 4. 2009.)

Ja, in der Bevölkerung gibt es sehr viel Wut und die Suche nach einem Ausweg, – der von den Steinmeier, Steinbrück und Müntefering versperrt wird. Wut über das

SPD-Führungstrio, die mitverantwortlich dafür sind für die Regierungspolitik, die Hunderte Milliarden an die Banken, Spekulanten, d.h. an die Verantwortlichen für die Krise schleust. Milliarden, die dringend gebraucht, aber verweigert werden für Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze, zum Schutz der Menschen vor Verarmung und zur Rettung der sozialen und öffentlichen Infrastruktur.

Die Versprechungen des SPD-Führungstrios für die Zeit nach der Krise müssen in den Ohren der Bevölkerung wie Hohn klingen.

Die Gleichen, die jetzt versprechen, Lohndumping durch Mindestlöhne aufzufangen zu wollen, haben in Kontinuität der Agenda-Politik durch Lohndumping und Tariffucht acht Millionen ArbeitnehmerInnen zu Armuts- und Niedriglöhnen verdammt. Und heute in der Krise verbinden sie mit ihrem 100-Milliardenpaket für die Großunternehmer die Auflage zur Demontage der Tarifverträge, Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen.

Mit der „Reichensteuer“ versprechen sie eine kärgliche Steuererhöhung für diejenigen, denen sie in den ganzen letzten Jahren milliardenschwere Steuerentlastungen serviert haben. Sie müssen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer selbst als Wahlversprechen ablehnen, weil das Steinmeier als ausgewiesenen Kämpfer gegen die Vermögenssteuer offensichtlich als zu unglaubwürdig entlarven würde. Aus dem gleichen Grund wird selbst als Wahlversprechen abgelehnt: die Erhöhung der Leistungen für Hartz-IV-Empfänger, gefordert von der SPD-Linken; die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I; die Entschärfung der Zumutbarkeitskriterien für Langzeitarbeitslose.

Sie wagen es zu versprechen, dass „die Starken größere Lasten tragen“ sollen?

Sie, die Hunderte Milliarden den Finanzkapitalisten, Spekulanten, und großen Kapital- und Unternehmens-

eigentümern in den verschiedenen Rettungspaketen zugeschustert haben?

Sie, die alles für eine weitere Sofortmaßnahme „gegen die Krise“ tun: mit weiteren Hunderten Milliarden der steuerzahlenden Bevölkerung die Spekulanten von ihren faulen Wertpapieren zu befreien und für Verluste zu „entschädigen“.

Die Steinmeier, Steinbrück und Müntefering kommen dann doch mit großen Versprechungen für bessere Kindergärten und Schulen, ein Recht auf Bildung und Ausbildung, mehr Gesundheit für alle. Für ihr wirkliches Handeln nach der Wahl wollen sie allerdings schon vorsorglich grundsätzliche Bedingungen diktieren: Die „Schuldenbremse“, d.h. die Festschreibung einer Null-Neuverschuldung in der Verfassung, soll als Hebel dienen, um die Bevölkerung mit weiteren radikalen Einschnitten in die noch existierenden sozialstaatlichen Errungenschaften für die Milliarden-Verschuldung für die Spekulanten zahlen zu lassen.

Gegen die tödliche Entlassungswelle, unter der die sozialen Grundlagen der Gesellschaft zusammenzubrechen drohen, brauchen wir sofort die Maßnahme des „Verbots von Entlassungen, Kündigungen und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten“,

wie es von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen gefordert wird.

Notwendig sind Sofortmaßnahmen zur Finanzierung der Krankenhäuser, Schulen und Universitäten und der Einstellung des fehlenden Personals.

„Damit die SPD diese notwendigen Sofortmaßnahmen zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise zu ihrer Aufgabe machen kann, muss sie sich von den Steinbrück, Steinmeier, Müntefering befreien, die sich in die Entscheidungsspitzen der Partei

(Forts. S. 2 links)

USA: Die Entlassung des Konzernchefs von General Motors – nur ein Symbol?

Selbst wenn die symbolische Entlassung des GM-Vorstandschefs einige zufrieden stellen und täuschen kann, welche Wirkung hat denn diese Entlassung? Der Vorstandschef wird trotzdem als Multimillionär gehen. Bei ihm wird nie Mangel herrschen. Von der Wohnung bis zur Lebensmittelversorgung, von der sozialen Absicherung bis zu einer „sicheren Rente“ usw. ... geht es ihm bestens.

Wenn jedoch die Arbeiter der Automobilindustrie entlassen werden, kommt es zur Katastrophe. Ihre Familien werden ins Chaos gestürzt. Ihre kleinen Ersparnisse

gehen für Ratenkredite drauf. Die soziale Sicherheit für die gesamte Familie geht flöten. Zum Schluss, wenn die Ersparnisse weg sind und kein Geld mehr da ist für die Ratenkredite, wird das Haus gepfändet. Und noch etwas anderes geschieht. Der menschliche Geist leidet. Nachdem man jahrelang getan hat, was sein Land von einem verlangte, wird der Geist geschädigt, wenn man plötzlich auf die Straße geworfen wird. Und zu oft entsteht das Gefühl der Verzweiflung aus anderen sozialen Krisen.

Ich gehöre nicht zu denen, die nach Rache schreien, aber ich bin auch nicht das Beispiel des Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt.

Also, was sollen wir tun?

Ein Symbol ist ja ganz gut, solange es mit einer Perspektive verbunden ist. Die Perspektive wird nicht von einem Präsidenten [Obama] kommen, dem die Kongressmitglieder keine freie Hand lassen. Zu viele von ihnen haben ihre Seele schon an die Großkonzerne verkauft.

Die Perspektive sind wir selbst. Unsere Fähigkeit, gemeinsam Aktionen zu beschließen, um wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, das ist die Perspektive.

Wir müssen uns mobilisieren, um die

Aus dem Inhalt

- Beiträge der bundesweiten Konferenz am 18./19. April 2009 in Berlin Für ein Programm zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze gegen die Krise
- Wahlen zum EU-Parlament: Die Interessen der ArbeitnehmerInnen und die Anforderungen der EU sind unvereinbar

Gerechtigkeit durchzusetzen. Millionen Menschen müssen bereit sein, die Maschinen zu stoppen und auf den Straßen zu demonstrieren.

Das ist es, was wir brauchen, um unser Land zurück zu gewinnen.

Wir dürfen nicht aufgeben.

Austin (Veröffentlicht im Bulletin »Unity and Independance« – Forum für die Einheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften, Beilage zu »The Organizer«, die herausgegeben wird von engagierten Kräften in den USA, die mit der Internationalen Arbeitnehmerverbindung (IAV) verbunden sind.)

...Hohn in den Ohren (Forts. v. S. 1)

geputscht haben, um die SPD weiterhin der verheerenden Politik der Großen Koalition und der EU zu unterwerfen“, erklären die Delegierten aus acht Bundesländern auf ihrer Konferenz am 18./19. April in Berlin. „Wir ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen können es nicht akzeptieren, dass das SPD-Führungstrio die SPD in ein noch schlimmeres Wahldesaster treiben wird.“

Und gestützt auf die Forderung des SPD-Arbeitsministers Olaf Scholz nach staatlicher Verantwortung für die Rettung von Opel: „SPD-Verantwortliche und eine SPD, die sich heute auf die staatliche Arbeitsplatzgarantie und ein Verbot von Entlassungen, auf solche Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen und Arbeitsplätze gegen die Krise verpflichten, können sich auf die Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen stützen und Merkel aus der Regierungsgewalt entfernen.“

CARLA BOULBOULLÉ

»INTERNATIONALE INFORMATIONEN«

USA: Hunderte Gewerkschaftsmitglieder und -verantwortliche mobilisieren sich für ein Notprogramm zur Rettung der ArbeitnehmerInnen (WERC)

Die Plattform von Notmaßnahmen umfasst 10 Punkte, die alle von der gleichen Feststellung ausgehen:

Die Rettung der Banken – das Ziel des Obama-Plans – steht im Gegensatz zur Rettung der ArbeitnehmerInnen. Jeder Dollar, der in der Spekulation verschwindet, ist ein Dollar weniger für die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt der öffentlichen Dienste und für Wohnungen. Zu den Maßnahmen, die die WERC-Kampagne fordert, gehört das sofortige Entlassungsverbot, das Moratorium für alle Wohnungspfändungen, und die Schaffung eines unternehmerfinanzierten Systems der Krankenversicherung und der Renten.

In der nächsten Ausgabe der »Internationalen Informationen«, Nr. 21, am 7. 5. 09, veröffentlichen wir einen längeren Beitrag aus den USA zu dieser Kampagne.

IMPRESSUM: Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbindung (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der „Europäischen Arbeitnehmerverbindung“ veröffentlicht.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 30. 4. 2009

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale_Politik_und_Demokratie@t-online.de
Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an

diese Adresse schicken. /
www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz

Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 €

Monatsrate) bezogen werden.

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin